

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Einzelheft 10 Pf. Colonnelle für Arbeitslosengeld 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schäftsleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Meinige Inseraten-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 23.

Duisburg, den 3. Juni 1916.

17. Jahrgang.

## Der lebende Wall

Verba von Robertus.

Wir wollen unseres Vaterlandes Grenzen mit einem Wall umziehen, Daß kein Feindesfuß seinen Eingang zwingt — Mit Leibern und Leichen ummauern wir ihn.

Es helfen die Widren schließen im Wall Der Gefallenen Schatten — sie bauen ihn mit! Immer stärker und tiefer ins Feindesland wächst Unser dräuende Wand — — —

Wir umspannen Dich, heilige Heimatflur, Leib an Leib dem Tod wir ins Antlitz schau'n, Dich zu schützen — mit wuchtigem Schwertgeklirr. Wir für Frieden und Freiheit die Botschaft hau'n!

## Munition

Wer kennt nicht die ständigen Klagen unserer Feinde über den Mangel an Munition? Obwohl das Haupt unserer Gegner das älteste Industrieland der Welt ist, obwohl man besondere Munitionsgesetze und Munitionsmünzstätten schuf, vermochten sie bisher nicht genügende Mengen von diesem Heeresbedarf zu erzeugen. In großer Notlage befindlich, wandten sich unsere Feinde hilflos an Amerika. Dieses von echt kapitalistischem Geist regierte Land kann nicht nur kalten Blutes den gegen uns gerichteten Mordbestrebungen zusehen, es beehrte sich möglichst viele blutige Angriffsstaaten zu unserer Vernichtung zu liefern und bewies damit auf das schlagendste, seine an den „Grundsätzen der Menschlichkeit“ orientierte Politik. Deutschland hatte es bisher nicht nötig, sich flehentlich zwecks Munitionslieferungen an Neutrale zu wenden. Deutsche Arbeiter und Frauen, ja selbst Jungmänner stellten sich in den Dienst der Munitionserzeugung und arbeiten Tag und Nacht, damit unsere Brüder an der Front keinen Mangel an Verteidigungs- und Angriffsmitteln leiden und unterliegen müßten.

Diese Gedanken zogen mir durch den Kopf, als ich die jüngste Jahresabrechnung unseres Verbandes durchsah. Was die Munition für die Kriegführung, das bedeutet das Geldwesen für unseren Verband. Wer die gewaltigen Aufgaben, denen wir nach Friedensschluß gegenüberstehen werden, auch nur ahnt, muß ganz besonders auf eine finanzielle Stärkung unseres Verbandes bedacht sein. Zwei Wege führen uns zu diesem Ziel, und zwar eine ordentliche Beitragsleistung der vorhandenen Mitglieder und eine Steigerung der Mitgliederzahl. In den letzten Monaten, ganz besonders im Februar der Nr. 18 unseres Verbandsorgans ist eingehend dargelegt worden, wie das letztere Ziel erreicht werden kann. Daher will ich heute die Aufmerksamkeit unserer Kollegen ganz besonders auf die Frage der Beitragszahlung richten.

Die Beitragsleistung unserer Ortsgruppen ist durchaus nicht einheitlich. Es gibt Gruppen, die pro Mitglied 50 Marken aufweisen, während andere nur 40, oder vielleicht noch weniger, erreicht haben. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar. Es muß Unzufriedenheit in den eigenen Reihen erzeugen, daß die Beitragsleistung eines Teils unserer Ortsgruppen selbst hinter bescheidenen Anforderungen zurückbleibt. Man suche diese Tatsache nicht mit dem Hinweis auf besonders schwierige örtliche Verhältnisse zu entschuldigen. Bei näherem Zusehen entpuppen sich die „schwierigen örtlichen Verhältnisse“ in der Regel als mangelhafte gewerkschaftliche Strebsamkeit. In kleinen und großen Gruppen unseres Verbandes kann man es mitterleben, daß nach planmäßiger und energischer Arbeit trotz größter Schwierigkeiten schon nach kurzer Zeit eine recht gute Beitragsleistung erzielt wird. Wenn also die Ursache dieses Übels nicht in unabwehrbaren Umständen, sondern in unserer eigenen fehlerhaften Tätigkeit zu suchen ist, dann ist es selbstverständlich, daß diejenigen, welche es angeht, sich ernstlich bemühen müssen, den Schaden aus der Welt zu schaffen.

Die unerläßliche Voraussetzung einer guten Beitragsleistung, ist in erster Linie eine gewissenhafte Beitragskassierung. Durch den Krieg haben wir fast sämtliche geliebten Vertrauensmänner verloren. Ein Teil der neuen Kollegen weiß erklärlicherweise noch nicht die notwendige Schulung auf. Daher kommt es, daß an manchen Orten wohl noch zahlreiche Mitglieder vorhanden sind, aber nicht genügend Beitragsgelder abgerechnet werden. Es sei daher an dieser Stelle auf einige besonders wichtige Einzelheiten betreffs der Beitragskassierung hingewiesen.

Der Vertrauensmann soll jede Woche seinen Mitgliedern die Zeitung bringen und den Beitrag einfordern. Es ist grundvertefirt, wenn er vielleicht nur alle vierzehn Tage einmal die Kollegen besucht, oder seine Kinder mit dem Mundbringen der Zeitung beauftragt. Der Vertrauensmann ist das Bindeglied zwischen den Mitgliedern und dem örtlichen Vorstand. Deshalb muß er so oft wie möglich mit den Kollegen seines Bezirkes in Berührung treten. Dadurch lernt er seine Mitglieder und deren Familienmitglieder kennen, er gewinnt Kenntnis von den Betriebsverhältnissen der Kollegen und des ihm unterstellten Bezirkes, was für die Vorbereitung von erheblicher Bedeutung ist. Alles das tritt aber nur dann ein, wenn der Vertrauensmann persönlich und regelmäßig die Hausbesuche macht.

Der Vertrauensmann soll jede Woche den Beitrag einziehen. Unsere Satzungen schreiben die wöchentliche Beitragszahlung vor. Daran müssen wir uns halten, mag das Mitglied die Wohnung jede Woche, alle vierzehn Tage oder monatlich bekommen. Straußt sich ein Kollege, wöchentlich den Beitrag zu entrichten, dann muß der Vertrauensmann auf das Mitglied einwirken und dies solange fortsetzen, bis sich der Kollege zu einer anderen Auffassung bekehrt hat. Es kommt vor, daß ein Mitglied nicht von selbst dem Vertrauensmann den Beitrag bezahlt. In solchen Fällen sollte kein Vertrauensmann aus unangebrachter Rücksichtnahme unberichteter Sache seines Weges ziehen, sondern das Mitglied ruhig an die Beitragszahlung erinnern. Arbeitet der Vertrauensmann planmäßig in dieser Weise, dann werden selbst die säumigsten Mitglieder an pünktliche Beitragszahlung gewöhnt und den Verbandsbeitrag auch dann bereit liegen haben, wenn der Kollege beim Besuch des Vertrauensmannes nicht selbst zu Hause ist.

Der Vertrauensmann darf bei seinen wöchentlichen Kundgängen kein Mitglied überschlagen. Besonders bei neuen Vertrauensleuten kommt dies vor. Wird mal ein Mitglied ein- oder zweimal nicht angetroffen, oder ist es ein schlechter Beitragszahler, dann ist mancher Vertrauensmann leicht geneigt, weitere Besuche zu unterlassen, was für die Organisation wieder einen Mitgliederverlust zur Folge hat.

Die Abrechnung des Vertrauensmannes mit dem Ortskassierer muß mindestens jeden Monat einmal, und zwar am Schluß desselben erfolgen. Es gibt alte Gruppen in unserem Verbands, in denen die Vertrauensmänner vierteljährlich nur einmal abrechnen. Die Nachteile einer so langen Abrechnungsfrist liegen klar auf der Hand. Beim Vertrauensmann sammelt sich eine erhebliche Menge Verbandsgeld an. Es steht in ständiger Gefahr verloren zu werden. Auch ein Diebstahl ist nicht ausgeschlossen. Da jeder Kollege für einbezogene Beitragsgelder persönlich haftbar ist, so wird durch die lange Abrechnungsfrist unnötig das Risiko der Vertrauensmänner vergrößert. Rechnen die Vertrauensleute nur alle Vierteljahre einmal ab, dann ist die Ortsgruppe gar nicht in der Lage, monatlich Vorschüsse an die Hauptkasse abzusenden. Ein bedeutender Ausfall aus Zinseneinnahmen ist die Folge. Werden Gelder für Unterstützungszwecke benötigt, dann muß der Lokalkassenbestand angegriffen werden, oder die Hauptkasse muß durch Ueberweisung von Vorschüssen der Gruppe unter die Arme greifen, während sich doch gleichzeitig die Vertrauensmänner im Besitze größerer Geldsummen befinden. Die nur vierteljährliche Abrechnung der Vertrauensleute schließt jede Uebersicht über die Mitgliederbewegung und Beitragsleistung der Ortsgruppe in der Zwischenzeit aus. Spätestens am 4. eines jeden Monats muß die Karte für das Reichsarbeitsblatt an die Zentrale geschickt werden. Nur dann sind korrekte Angaben möglich, wenn vor Absendung der Arbeitslosenzählkarte die Abrechnungen sämtlicher Vertrauensmänner zur Stelle waren. Die monatliche Abrechnung der Vertrauensleute bietet so viele Vorteile, daß alle Gruppen in denen heute noch längere Abrechnungsfristen bestehen,

sich bemühen sollten, erstere möglichst bald einzuführen.

Eine Abnormität auf dem Gebiete der Beitragskassierung sei an dieser Stelle noch erwähnt. Es gibt Ortsgruppen mit Betriebskassierung, in denen die Zahlung in der ersten Woche des Monats erfolgt. Dort wird am Lohnungstage der Verbandsbeitrag nicht für den laufenden, sondern für den verfloffenen Monat erhoben. Beispiel: In Nr. wurde am 6. Mai ausbezahlt. Bei dieser Gelegenheit kassierten die Vertrauensmänner den Beitrag erst für den Monat April ein. Am 6. Mai waren somit sämtliche Mitglieder mindestens fünf Wochen rückständig. Die Beiträge aller Kollegen, welche vor dem 6. Mai abgerechnet, eingebracht oder ausgetreten sind, gingen sämtlich der Organisation verloren, was auf das Jahr umgerechnet eine erhebliche Mindereinnahme ausmacht. Bei gutem Willen läßt sich aber auch dieses Uebel allmählich ausrotten.

Auch die unrichtige Verwendung der beitragsfreien schwarzen Marken schädigt unsere finanzielle Leistungsfähigkeit. Beitragsfreie Marken dürfen nur dann geklebt werden, wenn ein Mitglied arbeitslos oder krank ist und keine Unterstützung bezieht. Die anderen Fälle in denen beitragsfreie Marken benutzt werden können, kommen seltener vor. Kein Kollege kann sich darüber beklagen, daß der Verband in schwierigen persönlichen Verhältnissen, ihm die Beitragszahlung nicht genügend erleichtert hätte. Im Gegenteil! Unsere Ortsgruppenkassierer sollten daher keine einzige beitragsfreie Marke mehr verwenden, als es zulässig ist.

Mancher Kollege wird vielleicht sagen, daß die angeführten Tatsachen doch nur Kleinigkeiten sind. Diesen Kollegen muß entgegnet werden, daß sich unsere ganze Organisationsarbeit aus vielen kleinen Dingen zusammensetzt. Nimm aus einer Uhr auch nur das kleinste Rädchen heraus und sie wird aufhören normal zu laufen. So ist es auch bei uns im Verband. Die Beachtung zahlreicher Kleinigkeiten schafft erst ein blühendes Gewerkschaftsleben. Wenn die angeführten Tatsachen nur Kleinigkeiten sind, dann ist es auch leicht, sie überall durchzuführen und zu beobachten.

Pünktlichkeit und Genauigkeit soll die Parole bei allen Kollegen in punkto Beiträgen sein. Dann schaffen wir uns starke Kassen und machen unsern Verband fest und unerschütterlich, den herausziehenden Stürmen Trotz zu bieten und die Rechte der Metallarbeiterchaft nach jeder Seite hin gut zu vertreten. P.

## Die Lebensmittel-Denkschrift

Die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen haben eine bedeutende und wichtige Denkschrift dem Bundesrat, dem Reichstag, den Kommunalverwaltungen usw. zugehen lassen, über die Lebensmittelversorgung im dritten Kriegsjahr. So wie bisher konnte und durfte die Versorgung nicht mehr vor sich gehen; viele Fehler hatten sich gezeigt, und trotz des guten Willens, der die verantwortlichen Stellen leitete, waren andere Interessentensetzungen so stark, daß der „gute Wille“ eben nicht zum Ziele gelangte. Wer wie die Arbeiterchaft unentwegt und stolzen Herzens für das Vaterland alle Mühen auf sich nimmt, die die niederen Stände mehr als irgend einen anderen brüden, der hat auch das Recht zu fordern, daß gerade in der Lebensmittelversorgung alles ausgeschaltet wird, was die Seele des Volkes beschweren und dem Gedanken des freundigen „Durchhaltens“ für unsere große Sache entgegensteht. Es ist nicht das erstemal, daß die christlichen Arbeiterorganisationen sich intensiv mit dem Lebensmittelversorgungsproblem beschäftigen. Der Berliner Arbeiterkongreß gab, gleichsam vorausahnend, schon Mittel und Wege an, um eine gesunde Lebensmittelversorgung in die Wege zu leiten. Im Mai 1915 lag wieder ein gründlich durchdachter Versorgungsplan für das zweite Kriegsjahr vor. Die neue Lebensmittel-Denkschrift der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen bietet Material und Grundlage einer normalen Versorgung für das dritte Kriegsjahr. Die Vorfälle der Denkschrift seien hier wiedergegeben:

Notwendigkeit eines Gesamtplanes.

Auch die kommende Ernte ist voraussichtlich wiederum als Kriegsernte zu betrachten. Für ihre Verwendung und Verteilung ist ein umfassender, alle Versorgungsfragen regelnder Plan eine unabwendbare Notwendigkeit geworden. Nur so sind die Fehler der

bisherigen Kriegsverföhrung zu vermeiden; nur so kann auch das in diesem Punkte stark erschütterte Vertrauen des deutschen Volkes wiederhergestellt werden.

Die Produktionsförderung.

Dieser Plan hat auch die Wiederverwendung der abgernteten Flächen ins Auge zu fassen, sei es, daß diese noch im Laufe des Sommers, sei es in den Herbstmonaten, einzutreten hat. Kein Stück deutsches Bodens darf unbenutzt bleiben. Vor allem ist den bäuerlichen, aber auch den Parzellenwirtschaften (landwirtschaftlichen Nebenbetrieben) zu diesem Ziele jede Förderung zu verschaffen.

Es sind zu diesem Zwecke in den einzelnen Kreisen Wirtschaftsämter einzurichten. Diese haben für Aufstellung eines den Produktionsbedingungen der betreffenden Gegend entsprechenden Wirtschaftsplanes Sorge zu tragen. Für die Herbeischaffung der notwendigen Wirtschaftsmittel aus den Ueberschußgebieten ist Sorge zu treffen. Auch ist eine planmäßige Regelung der Arbeitshilfe und eingehende Wirtschaftsberatung, insbesondere der kleinern Betriebe, einzurichten. In besondern Fällen sind an solche Bauernbetriebe, die unter außergewöhnlichen Schwierigkeiten arbeiten, Betriebsmittel aus hierfür zu schaffenden Ausgleichsfonds zu gewähren.

Zufuhr und Verteilungsregelung.

Die Verteilung des vorhandenen sowie der im weiteren Verlaufe des Wirtschaftsjahres zu gewinnenden Lebensmittel ist durch eine durchgreifende Verteilungs- und Verteilungsordnung sicherzustellen. In diese Ordnung sind Stadt und Land einzubeziehen. Eine Regelung bloß des städtischen Konsums vermag erfahrungsgemäß weder die Zufuhren an den Verbrauch in den unbedingt notwendigen Mengen noch die notwendige Regelmäßigkeit der Versorgung zu verbürgen.

In erster Linie ist der Grundbedarf der zur Erhaltung der großen Verbrauchermassen notwendigen Lebensmittel unbedingt sicherzustellen. Hierzu gehören vor allem Getreide (Brot), Kartoffel und Fett. Ebenso die Milch. Die im Laufe der einzelnen Verbrauchsperioden hinzutretenden Ergänzungsmittel (Hülsenfrüchte, Gemüse, Suppenartikel, ferner Kaffee, Zucker und Äpfel) sind gleichfalls in einer dem Bedarf und den jeweils festzustellenden Vorräten entsprechenden Menge dem allgemeinen Konsum bereitzustellen. Auch die Fleischversorgung ist in Stadt und Land nach dem Vorgang mehrerer Bundesstaaten durch Einführung des Kartensystems zu regeln. Dabei wird besonders Sorge getragen werden müssen, daß das nach den Weidemonaten in verstärkter Zahl zum Schlachten kommende Vieh zur rechten Verteilung und Konservierung gebracht wird und nicht in den Händen weniger bleibt.

Bei der Brotversorgung muß wieder zur strengsten Regelung des ersten Kriegsjahres zurückgekehrt werden. Die notwendige Verbrauchsmenge an Kartoffeln ist sofort bei der Ernte sicherzustellen und entweder der Einfuhr oder der Aufzucht in städtischen Gärten zuzuführen. Die Milchversorgung ist durch Erhaltung und Hebung des Viehstandes in den Milchlieferungsgebieten, durch gesicherte Futtermittelzufuhr und kommunale Lieferungsverträge mit den Milchproduzenten auch für den Winter in notwendiger Weise sicherzustellen. Die Abschächtung der Milchkuhe ist mit allen Mitteln zu verhindern.

Die größern Konsumbezirke sind zur Ausschaltung der Konkurrenz zu Verbrauchsvereinigungen

(Zweckverbände) zusammenzufassen. Diesen sind alle innerhalb der im allgemeinen gleichartigen Verbrauchsbezirke (z. B. rheinisch-westfälischer oder rhein-mainischer Industriebezirk) gelegenen Städte und Landgemeinden einzuordnen. Innerhalb solcher Bezirke ist Zufuhr- und Verbrauchsregelung nach einheitlichen Grundsätzen durchzuführen.

Den Konsumbezirken sind bestimmte Ueberschußbezirke zu gemeinsamer Versorgung zuzuteilen. Hierbei sind die verkehrspolitisch zunächst gelegenen und möglichst im Frieden in engem Verkehr stehenden zunächst zu berücksichtigen. Die Selbstverwaltungsbefugnis ist auf solche größern Bezirke zu beschränken.

Die Versorgungs-, Zuführungs- und Verteilungsordnung muß unter die zentrale Leitung eines Reichsamts (Reichslebensmittelamts) gestellt werden. Besondere bundesstaatliche oder provinzielle Ausfuhrverbote oder sonstige Maßnahmen dürfen dessen Anordnungen nicht durchkreuzen. Die bundesstaatlichen und kommunalen Ausführungsbehörden müssen jederzeit sich bewußt sein, daß von der strikten Durchführung der getroffenen Maßnahmen das Wohl der ganzen Bevölkerung des Reichs abhängt und eine Art passiven Widerstandes, auch nur an einzelnen Stellen geübt, die ganze Kriegsverföhrung gefährden kann.

Dem Reichslebensmittelamt und den ihm angehörigen zentralen Versorgungsstellen (Reichs-Getreidestelle, Kartoffel-, Zucker-, Fleischstellen usw.) sind neben den ausgleichenden auch direkte Befugnisse zu verleihen. Ihnen ist auch die Leitung und Kontrolle der einzelnen Selbstverwaltungsbezirke zu unterstellen. Die Heeresversorgung wird mit der Versorgung der Zivilbevölkerung zu einem gemeinsamen Plane verbunden werden müssen.

Die Preisordnung

Die gesamte Preisgestaltung der Kriegslebensmittelversorgung ist auf einer mittleren Linie, die dem Verbrauch wie der Produktion gerecht wird, aufzubauen. Die weit über die Grundlagen der Produktionskosten hinaus gestiegenen Preise müssen herabgesetzt und der mittlern Gesamtlinie eingefügt werden. Vor allem sind die in völlig unberechtigter Höhe gestiegenen Futtermittelpreise wieder zu ermäßigen und damit die Produktion der auf ihre Weiterbenutzung angewiesenen Betriebszweige wieder auf eine natürliche Grundlage zurückzuführen.

Auch die Haushaltsmittel (Seife, Soda usw.) sind in die Preisordnung einzubeziehen.

Es sind feste Preise festzulegen. Die Preisordnung hat alle Verkehrs- und Verwendungsstufen (Produzenten, Vermittler, Konsumenten) zu umfassen und die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten (z. B. Fleischverkauf, Verwertung, Verarbeitung zu Konerven) ins Auge zu fassen. Auch sind die während der Wirtschaftperiode zu gewährenden Sonderzuschläge (Reports, Aufbewahrungsgelder) von vornherein festzustellen und bekanntzugeben.

Durch die Gestaltung der Verteilungs- wie der Preisordnung sind unndig viele Zwischenglieder der Lebensmittelvermittlung und insbesondere die zu wucherischer Preissteigerung benutzten Kettenverkäufe auszuschalten.

Ausländische Lebensmittel sind den zentralen Versorgungsstellen des Reiches zuzuführen. Besondere Preise für Auslandsware sind im Inlandsverkehr nicht zuzulassen. Wo sich letzteres nicht umgehen läßt, ist

die Auslandsware mit amtlicher Herkunftszertifikat zu versehen und gesondert zum Verkauf zu bringen.

Kontrollmaßnahmen.

Zur Durchführung der Versorgungs- wie der Preisregelung sind eingehende Kontrollmaßnahmen einzurichten. Sowohl die Mengen wie Qualität und Preisgröße sind ständig zu überwachen.

Zu diesem Zwecke sind die Preisprüfungsstellen nicht nur in den Städten, sondern auch in den Landkreisen unter Zuziehung der Vertretungen der Konsumenten und uninteressierter Sachverständiger (Ärzte, Tierärzte, Nahrungsmittelchemiker, Schlachthofdirektoren) einzurichten. Den Prüfungsstellen sind erweiterte Befugnisse zur beschärfsten Ueberwachung zu geben. Insbesondere sind sie zu den Arbeiten der Versorgungsstellen (Lebensmittelämter, Lebensmittelpolizei, Wirtschaftsämter) mit heranzuziehen.

Die Durchführung der Versorgungs- und Preisregelung ist durch gesetzliche Strafbestimmungen zu garantieren.

Unsere Kollegen ersehen aus allem, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung und voran die Gewerkschaften, keine Gelegenheit unbenutzt vorübergehen lassen, bei der sie nicht das Recht der niederen Stände, denn auf diesen lastet eine schlechte Lebensmittelversorgung am meisten, wahrnehmen. Die Arbeiterschaft soll das zu würdigen verstehen und immer mehr dazu beitragen, die Reihen der Organisationen zu vermehren. Die Gewerkschaften allein machen die Arbeiterschaft stark.

Allgemeine Rundschau

Deutsche Arbeit.

Das englische Parlamentsmitglied Ramsay MacDonald wendet sich in längeren Ausführungen gegen einen Handelskrieg mit Deutschland und gegen „Erfolge“, die man sich davon verbringe. Seine Darlegungen sind im Grunde nichts mehr als ein Lob der deutschen Industrie und der deutschen Arbeit und lauten zum Schluß: „Deutschland hat der Welt noch viel zu bieten, und die Welt wird es auch gegen unseren Willen nehmen. Ehe noch zwölf Monate nach Friedensschluß vorbei sein werden, werden die, die jetzt nach Deutschlands Herfürung schreiben, wieder deutsche Waren brauchen. Die deutschen Erzeugnisse werden einen wesentlichen Anteil am Weltmarkt ausmachen, und wenn Deutschland es verweigert, mit uns Handel zu treiben oder wir mit ihm, so bedeutet das einfach, daß einige neutrale Länder an unsere Stelle treten. Wir würden dabei eben beide, Deutschland wie England, leiden, und die neutralen Länder, die eine höhere Politik befolgen, würden aus unserer handelspolitischen Nöte ziehen. Beide, Berlin wie London, würden ihren Platz als Hauptstädte des Weltmarktes verlieren und New York und andere Plätze, die mit den Alliierten und den Zentralmächten verkehren, würden davon den Vorteil haben. Hinter der patriotischen Maske, die diese Agitation vorgesteckt hat, verbirgt sich nur die alte Furcht vor der deutschen Mächtigkeit. Wir liegen ein Handelsreiben den Genossenschaft elektrischer Ingenieure vor, das darlegt, wie ihre Fabriken für Munitionsherstellung in Anspruch genommen seien, wie ihre Werke notwendigerweise von ihnen vernachlässigt werden müßten, wie ihre Bureauis in Unordnung geraten sind, und wie sie infolgedessen betonen, sie müßten nach dem Kriege den Schutzpaß für den heimischen Markt haben, um ihnen einmal wieder einen Anfang zu sichern. Von denen, die in Fachwaren gefahren waren, hörte ich, daß, wenn der Krieg vorüber sei, man die deutschen Erzeugnisse vom Markt ausschließen müsse oder die neue Industrie würde gleich tot gemacht werden. Wer Fachwaren braucht, ist gezwungen, bei un-

Der Handelskrieg nach dem Kriege

A. H.

II.

In Italien hat bisher überhaupt keine Zeitung die englischen Pläne zu verurteilen gewagt, nicht einmal die interventionistischen Blätter. Der „Economista d'Italia“ schreibt: „Der wirtschaftliche Krieg läßt sich ebensowenig wie der politische nur auf Kosten des Feindes führen; die Schäden würden mehr oder weniger alle kämpfenden Parteien treffen... In unseren Beziehungen zu den Zentralmächten werden wir das System der Handelsverträge nicht verlassen dürfen. Sie werden nach und nach den Fall, den der Krieg ausgeht hat, zum Besten bringen.“ Auch der „Corriere d'Italia“ mahnt zur größten Vorsicht, da die Schäden auf wirtschaftlichen Gebieten nicht weniger verhängnisvoll sein könnten als die militärischen. Volkswirtschaftlich sehr beachtenswerte Gesichtspunkte macht der „Corriere Mercantile“ geltend. Er schreibt:

Die italienische Ausfuhr nach den Zentralmächten erzielte 1913 die Summe von 565 Millionen bei einer Gesamtsumme von 2500 Millionen. Das ganze Problem erschöpft sich in der Frage, ob unsere Alliierten diese Produktion aufnehmen können. Rußland als Agrarland kommt kaum in Frage, bleiben also nur Frankreich und England. Der größte Lieferant Frankreichs war aber immer Spanien; dieses neutrale Land ist also unser am meisten zu fürchtender Konkurrent. In England ist es ähnlich hier kommen aber noch die amerikanischen und argentinischen Produkte hinzu. Es würde sehr schwer sein, unsere Produkte wo anders vorteilhaft abzusetzen als in Mitteleuropa, das sich immer mehr als notwendiges Absatzgebiet für unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse erweist. Wir können also zu dem Schluß kommen, daß der englische Vorschlag, durch einen Vertrag die Handelsbeziehungen mit Deutschland für eine gewisse Zeit nach dem Kriege zu verbieten, von uns nicht angenommen werden kann. Die meisten nur oberflächliche Untersuchungen zeigen, würde ein derartiges Abkommen einen tödlichen Schlag für unsere Ausfuhr bedeuten, da unsere Alliierten zum Teil dieselben Produkte hervorbringen wie wir, oder sie aus ihren oder

aus Nachbarländern, die bisher ihre Lieferanten waren, beziehen.“

Selbst im „Echo Belge“, einem der stumpfsten belgisch-französischen Emigrantenblätter, die von belgischen Journalisten im neutralen Ausland herausgegeben werden, wird von Leugens die Botschaft der hysterischen Handelskriegspläne beleuchtet. Er weist mit Recht darauf hin, daß die englischen Abschließungsabsichten für ein Land von der geographischen Lage und der ökonomischen Struktur Belgiens sehr schlecht passen.

So scheint überall in den einflussreicheren Kreisen unserer kontinentalen Feinde die Erkenntnis zu dämmern, daß sie mit dem Verjahe einer wirtschaftlichen Absperrung der Mittelmeergebiet nach den Wünschen Englands nur dessen Geschäfte bejagen und sich selbst aufs schwerste schädigen werden.

Wenig wird auch vereinzelte in England selbst von freihändlerischer Seite scharf Kritik geübt. „Daily Chronicle“ fragt: „Glaubt denn jemand, daß England nach dem Kriege es ablehnen sollte, mit den 150 Millionen Menschen in Mitteleuropa Handel zu treiben? Eine derartige Politik würde den Verlust unseres kommerziellen Vorranges bedeuten. Die Vereinigten Staaten würden den Platz, auf den wir verzichten, einnehmen und New York würde an Stelle von London das Herz des Weltmarktes werden.“ Wiederholt hat auch der liberale Abgeordnete Robertson seine warnende Stimme erhoben. Von den verschiedenen Vorschlägen, die betreiben, Deutschland durch Handelsabmachungen zu schädigen, so erklärte er im National Liberal Club, sei nicht ein einziger durchführbar. Er habe noch von keiner Maßnahme gehört, die nicht gleichzeitig den englischen Handel schädige. Und in der Unterhausdebatte vom 9. März wies er darauf hin, daß ein Boykott des deutschen Handels unter anderem die Forderung einer Kriegsentwöhnung Deutschlands unmöglich machen würde. Entschloß man sich, den Kolonien und Verbündeten eine Vorzugsbehandlung gegenüber den Neutralen einzuräumen, so wäre die unvermeidliche Folge, lehtere den Deutschen in die Arme zu treiben. Deutschland würde den Neutralen die günstigsten Bedingungen gewähren, um sich ihren Handel zu sichern.

Indessen befinden sich auch in England viele vorsetzenden Stimmen der Vernunft noch in nachdrücklicher Minderheit und dürfen keinesfalls darüber hinwegtäuschen, daß England die treibende Kraft und die eigentliche Seele sowohl der jetzigen wie der geplanten künftigen wirtschaftlichen Kriegs- und Ausbaugepläne ist. Natürlich sucht man das in England möglichst zu verschleiern, auch gegenüber den Verbündeten selbst und läßt ihnen nach Möglichkeit die Ehre des Vortritts. Darum hat auch die Konferenz nicht in London, sondern in Paris getagt. Soweit selbst englische Staatsmänner zur Vorsicht und Mäßigung mahnen, darf man im Zweifel sein, ob solche Mahnungen nicht auf Täuschung der öffentlichen Meinung berechnet sind und zu dem tödlichen englischen Cart gehören. Nachdem England allmählich eingeschoben hat, daß es sein unerbittliches Ziel, die Vernichtung des deutschen Außenhandels durch Wassengewalt, nicht erreichen kann, soll das Ziel nunmehr im Frieden mit allen Mitteln der Wirtschafts- und Handelspolitik erreicht werden: mit Schutzzöllen, Straf- und Vorzugszöllen, Patenten, Boykott aller Art. Der politischen Einkreisung soll die wirtschaftliche folgen; an Stelle der militärischen Blockade soll die wirtschaftliche treten. Die Aushungerung soll in „humaner“ Form fortgesetzt werden. Stöher würde bisher gewaltigste aller Handelskriege, wenn es nach Englands Willen geht, mit der größten Erbitterung, Hartnäckigkeit und Zähigkeit geführt werden. Den fürchterlichen Menschenopfern würden weitere unabsehbare wirtschaftliche Opfer folgen und die Verzerrung Europas würde weiter fortgeschritten. Der alte Freihandels- und Seeraubgeist ist in England wieder lebendig und ein gemeiner Handels- und Konkurrenzneid zeitigt die gleichen barbarischen Methoden der Kriegführung wie im Zeitalter des Merkantilismus. Mit Gewalt und Raub, nicht durch schöpferische Kraft, ist das englische Weltreich entstanden, mit Gewalt und Raub soll es erhalten werden. England verzweifelt an seiner Kraft, im Wege des friedlichen und ehrlichen Wettbewerbs noch länger die erste industrielle Werkstätte der Welt und das erste Handelsland zu bleiben. Darum mußte nach sorgfältig vorbereiteter Einkreisung der ruhlose Weltkrieg entzündet werden. Allerdings hoffte man, ihn

den wertigen Fabriken vorzusprechen, und das britische Publikum wird gezwungen werden, inmitten von scheußlichen Farben zu leben, weil unsere Farbfabrikanten unfähig sind, ihre Werke ohne Umsicht geleitet haben und sich so einen Handel, der Millionen einbringen konnte, haben aus der Hand gleiten lassen. Die Geschichte des deutschen Handels ist unter anderem die Geschichte der Unfähigkeit der britischen Industriellen. Als der Krieg ausbrach, merkten wir zum ersten Male, in welchem Umfange wir von Deutschland abhängig geworden waren, was wissenschaftliche Erzeugnisse und was tägliche Gebrauchsartikel betrifft — solche Artikel, wie sie erfahrene Köpfe und gute Beobachter der täglichen Bedürfnisse erzeugen. Die Tatsache, daß Schutzoll nicht notwendig die Ursache einer Ausbehnung des nationalen Handels zu sein braucht, ist niemals klarer enthüllt worden. Die deutschen Erzeugnisse, die wir am meisten vermisten, waren gerade die, die die deutsche Wirtschaft ohne den Schutz von Zöllen erzeugt hätte. Was wir wirklich brauchten, wäre ein Stück Lebenskraft mehr für unseren Handel und eine Vermehrung der Wirtschaftlichkeit bei unseren Fabrikateilnehmern. Was aber der kapitalistische Schutzoll braucht, ist keine Unfähigkeit, zu beschließen und in der Lage zu sein, daß er das britische Publikum zwingen kann, von ihm allen Schmutz zu kaufen, den er erzeugt. Damit wir also der minderwertigen britischen Farbwirtschaft ausweichen, rümpfen wir unsere Farbfabrikanten, unseren Handel in den Bradford-Fabriken und anderswo. Alle diese Pläne, einen Handel auszufüllen, die man jetzt auf ein unerfahrenes Publikum losläßt, sind ebenso unfähig, dem britischen Handel zu helfen, wie den Deutschen zu bestrafen."

Diese Ausführungen eines Engländers zeigen die ganze Höhe der deutschen Industrie aber auch zugleich die große Qualität der deutschen Arbeiterschaft. Ohne eine geistig hochstehende, gesunde Arbeiterschaft hätte die deutsche Industrie nie den Stand erreicht, den sie einnimmt. Daß unsere Arbeiter einen solchen Rang einnehmen, ist zum größten Teil auf die unermüdete Arbeit der Gewerkschaften zurückzuführen, die unablässig die Rechte der Arbeiter in Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen und stets auf eine Erweiterung der sozialen Gesetzgebung drängen, welche viele Industrielle in ihrer Kurzsichtigkeit nicht für notwendig hielten. Die deutsche Qualitätsindustrie verlangt Qualitätsarbeiter. Diese sieht man sich nicht mit Zuckerrüben und Weizen heran, sondern man muß ihnen als gleichberechtigtem Glied der Gesellschaft die Rechte einräumen, die ihrem Werte und ihrer Arbeit entsprechen.

**Wohnungsfragen.**

Die Entwicklung des Wohnungsmarktes in Verbindung mit den Begleiterscheinungen des Krieges lassen die Befürchtung begründen erscheinen, daß wir nach dem Kriege mit gesteigerten Schwierigkeiten im Wohnungswesen zu rechnen haben. Insbesondere dürfte sich ein Mangel an Kleinwohnungen geltend machen, und zwar aus folgenden Gründen. Schon vor dem Kriege ist wegen der Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung wenig, während des Krieges fast gar nicht mehr gebaut worden. Bei unserm normalen Bedarf von 200 000 neuen Wohnungen pro Jahr ist diese Tatsache äußerst bedenklich. Ferner werden viele Familien infolge wirtschaftlicher Bedrücknisse gezwungen sein, aus größeren in kleineren Wohnungen abzuwandern. Dazu kommen noch die vielen Kriegsgewundenen und — hoffentlich zahlreichen — Geschiedenen nach dem Kriege, die die Nachfrage nach Kleinwohnungen erheblich steigern werden. In manchen Städten macht sich jetzt schon eine Kleinwohnungsnot bemerkbar. In Kiel z. B. mußte sich die öffentliche Wohlfahrtspflege mit der Fürsorge für wohnungslose Familien beschäftigen. In einem Bericht über die dortigen Verhältnisse befindet sich folgende sehr bezeichnende Auslassung: „Es handelt sich bei den Wohnungslosen in den meisten Fällen um solche Familien, welche zahlreiche Kinder zu versorgen haben.“ Das bekannte Gläubersbild, daß kinderreiche Familien am ersten obdachlos werden. Den nach dem Krieg in Aussicht stehenden Wohnungsschwierigkeiten muß jetzt schon nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Vor allem ist der Kleinwohnungsbaun,

sonwohl der private wie gemeinnützige, mit allen Kräften zu fördern. Die dafür verantwortlichen Stellen müssen an ihre Pflichten und Aufgaben erinnert werden. In mehreren Städten sind die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen in eigens dafür anberaumten Konferenzen und Versammlungen der Sache näher und mit praktischen Anregungen an die Gemeindevorstände herangetreten. Staat, Gemeinde und soziale Körperlichkeiten müssen Hand in Hand zusammenarbeiten, um den schlimmsten Übelständen im Wohnungswesen vorzubeugen.

**Kinderarbeit und Volkskraft.**

Während die Bestrebungen, die auf eine Steigerung der Volkszahl hinstreben, im Vordergrund des Interesses stehen, lassen die Bemühungen zur Erhaltung der Volkskraft noch viele Möglichkeiten ungenutzt. Wie aus den Berichten der Gewerbeinspektoren hervorgeht, werden die Bestimmungen des gesetzlichen Kinderschutzes vielfach umgangen da noch immer tausende von Kindern trotz Verbots zu gewerblicher Arbeit angehalten werden. Besonders bei sehr niedrigen Arbeitslöhnen, z. B. in Teilen von Schlesien, Thüringen und Sachsen, herrschen recht böse Zustände. Es kommt vor, daß schon 4jährige Kinder Wolle zu spinnen müssen! Die Verhinderung dieses sträflichen Unfugs ist schwer, da er in Heimarbeit stattfindet. Über auch die Beschäftigung zu jugendlicher Kinder in den Betrieben führt zu schlimmen Auswüchsen. Am nächsten wäre Kraft durchgeführter Kinderschutz in der Landwirtschaft. Trotzdem z. B. nach dem Unfallgesetz die Arbeit von Kindern unter 10 Jahren an der Dreschmaschine verboten ist, hat man in Bayern zahlreiche Übertretungen (5 Prozent) feststellen können. Nicht nur gesundheitliche, sondern auch ethische Schädigungen sind die unmittelbare Folge, die in der Zunahme der verurteilten Jugendlichen ihren Ausdruck findet. Leider bieten die lächerlich niedrigen Strafen gegen derartige Übertretungen keine Gewähr gegen deren Fortsetzung.

Die Kinder sind die Zukunft der Nation und wer daher diese jugendliche Kraft ausbeutet, verflüchtigt sich am ganzen Volke. Die Gewerbebehörde aber möge gerade auf dem Gebiete der Kinderarbeit scharf nach dem Rechte sehen.

**Der Einfuhrhandel nach dem Kriege.**

Auf Einladung der Reichsgetreidestelle fand unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Michaelis eine Besprechung mit Delegierten der drei Hansestädte statt. Der Vorsitzende des Bremer Vereins von Getreideimporteuren, Herr Blump, hat über die Verhandlungen in der „Weser-Zeitung“ vom 9. Mai einen längeren zusammenfassenden Bericht erstattet, dessen einleitenden Teil wir folgendes entnehmen:

In Regierungskreisen herrscht die bestimmte Ansicht, daß nach Beendigung des Krieges nicht dem Handel sofort wieder volle Freiheit gewährt werden darf. Man fürchtet, daß bei Zulassung vollkommener freier Konkurrenz sich ein lebhafter Wettkampf um Erlangung des Vorzugs im Bezug der ersten Zufuhr von Ware aus dem Ausland entwickeln würde, dessen Folge eine ins Ungemessene gehende Preissteigerung sein würde, indem die einzelnen Einfuhrhändler und Einfuhrhäfen sich beim Einkauf überbieten und irgendwelche phantastische Preise bezahlen würden, um die ersten auf dem Platz zu sein. Dadurch würden Einkaufspreise und Frachten getrieben und die Ware dem deutschen Verbraucher verteuert. Es sei daher durchaus nötig, nach dem Kriege zunächst die jetzt bestehenden Einschränkungen des Zentraleinkaufes und der Reichsgetreidestelle beizubehalten, um regulierend auf die Preisbildung zu wirken.

Diese Maßnahme erscheint im Interesse der Konsumenten notwendig, wenn die große Masse nicht in noch schwierigeren Lagen geraten soll, als sie sich jetzt schon befindet und die letzten Dinge ärger werden als die ersten. Hoffentlich packt die Regierung in der noch kommenden schweren Zeit mit fester Hand zu.

**Bekanntmachungen des Vorstandes**

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 4. Juni der dreiwöchentliche Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. Juni bis zum 10. Juni fällig.

**Aus dem Verbandsgebiet**

**Karlsruhe.** Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik liegt seit Kriegsausbruch in Schichtwechsel Tag und Nacht arbeiten, um allen Ansprüchen der Heeresverwaltung gerecht werden zu können. Schon an Weihnachten konnten die Arbeiter die Festtage feiern, da Munition in Hülle und Fülle vorhanden war. Dasselbe trifft auch an Ostern zu. Eine für die Arbeiter recht unangenehme Weigabe ist aber der Umstand, daß die Leitung der Fabrik bereits dazu übergegangen ist, auch an Werktagen in den Gewerken Feierlichkeiten einzuführen. So wurden letzten bereits ein Tag und zwei Nächte die Arbeit eingestellt. So erfreulich einerseits diese Tatsache für den Staatsbürger ist, die ihm die Gewißheit gibt, daß ein Munitionsmangel unserer Truppen schlechthin ausgeschlossen ist, so unangenehm wird die Arbeitsbeschränkung von den Arbeitern der Waffen- und Munitionsfabrik gerade in dieser Zeit der allgemeinen Lebensmittelknappheit empfunden; Ausfälle von 6—15 Mark, ja 20 Mark in der Woche sind für diese Arbeiter schmerzliche Einbußen. Man gibt in Arbeiterkreisen der Meinung Ausdruck, daß es der Firma, die 30 Prozent Dividende verteilt und außerordentlich große Abschreibungen macht, hätte möglich sein sollen, den Arbeitern diese Verluste zu ersparen. Nachdem die Arbeiter 20 Monate lang mit Aufbietung aller Kraft gearbeitet haben, hätte man ihnen nun auch ruhigere Stunden im Betriebe gönnen können, ohne daß man sie ganz feiern läßt. Auch andere Industriellen haben oft harte Zeiten durchzumachen, sie beschäftigen aber ihre Arbeiter weiter aus sozialen Gründen und um sich einen guten geschulten Arbeiterstamm zu erhalten. Solche Rücksichten sollte die Waffen- und Munitionsfabrik bei ihren Millionen-gewinnen in der Kriegszeit auch nehmen.

**Offenbach a. M.** Nachdem die leistungsfähige Bezirkskonferenz in der Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges ausgefallen war, dieser aber inzwischen eine weitere Ausdehnung noch annahm, die uns in unsern Bezirke nicht ohne Wirkung blieb, entschlossen wir uns zur Abhaltung einer Bezirkskonferenz auch während des Krieges. Diese fand nunmehr und zwar gemeinsam mit dem Mainheimer Bezirk, am 14. Mai d. J. in Darmstadt statt und hatte einen guten Verlauf genommen. In ihrer äußeren Zusammensetzung konnte man schon den Krieg beobachten, denn gar mancher von den Kollegen, die regelmäßige Besucher waren, fehlten diesmal. Auch konnten nicht alle Ortsgruppen und Sektionen Vertreter entsenden, infolge der gegenwärtigen Verhältnisse in diesen Orten. Inzwischen konnte Kollege Scherer von Offenbach, der die Konferenz leitete, bei der Eröffnung vormittags 10 Uhr, 39 Delegierte begrüßen. Einen herzlichen Willkomm brachte er besonders auch dem erschienenen Zentralvorsitzenden, Kollegen Wieser aus Duisburg, entgegen. Er wies darauf hin, daß genau vor 10 Jahren im gleichen Lokale die heute getrennten Bezirke, damals noch als ein Bezirk unter seiner Führung tagten und gab dem Wunsch Ausdruck, daß auch die heutige Tagung von so gutem Erfolge für den Verband und unsere Sache begleitet sein möge, als es damals der Fall war. Nachdem von jedem Bezirk ein Schriftführer gewählt war, trat man in die Tagesordnung ein und erörterte zunächst die beiden Bezirksleiter Bericht über den Stand des Verbandes in den Bezirken, wie auch über ihre Tätigkeit in den beiden Jahren. Soweit der Bezirk Offenbach-Frankfurt in Frage dabei kommt, sei daraus folgendes erwähnt: Nachdem die im Frühjahr 1914 bestandene Wirtschaftskrise, die wohl mit ihrer Arbeitslosigkeit unsere Mitglieder, in etwa gehemmt, sich kaum gebessert hatte, konnten wir nach all-

erheblich schneller durch die militärische Niederwerfung Deutschlands zu brechen und sich schon während des Krieges selbst durch Kapazität des deutschen Außenhandels zu bereichern, wie man es in früheren Fällen, u. a. den napoleonischen Kriegen, getan hat. Es läßt sich nachweisen, daß die englische Regierung auf einen sofortigen starken Aufschwung des englischen Handels gerechnet wird. So gab Lloyd George am 17. November 1914 im Unterhaus der Erwartung Ausdruck, daß während des Krieges tatsächlich kein Wettbewerb auf den neutralen Märkten der Welt, abgesehen von Amerika, stattfinden werde. England würde daher diese Märkte beherrschen und den deutschen Handel verdrängen, da die Vereinigten Staaten die gewaltig steigende Nachfrage gewiß nicht befriedigen könnten. Diese Hoffnungen sind, wie die englische Außenhandelsstatistik zeigt, grausam enttäuscht worden. Die englische Ausfuhr geht von Monat zu Monat zurück und statt fremde Märkte zu erobern, verliert sie wichtige alte Märkte an die Vereinigten Staaten und Japan. Ja, zur Verbesserung der arg bedrohten Handelsbilanz müssen in steigendem Umfange Einfuhr- und Ausfuhrverbote erlassen werden. Der Freihandel ist praktisch bereits aufgegeben, und England wird sich wohl gezwungen sehen, auch nach dem Frieden seine gesamte Handels- und Wirtschaftspolitik auf eine andere Grundlage zu stellen, ebenso wie es gezwungen wurde, den verhassten Militarismus einzuführen. Der „Reichswang ist gekommen“, schrieb am 10. Februar resigniert der „Labour Leader“, „der Schutzoll wird kommen.“ Die schmerzliche Stimmung wächst von Tag zu Tag. Augenblicklich braucht England einen eigentlichen Schutzolltarif, wenn wirklich ein Handelskrieg mit Erfolg verschreibenden Mitteln gegen die gefährdete Konkurrenz Deutschlands geführt werden und gleichzeitig den Verbündeten und Kolonien Vorzugszölle eingeräumt werden sollen. Die ersten Schritte sind ja schon geschehen durch die Einführung der sogenannten Luxuszölle im September v. J. (auf Automobile, Filme, Musikinstrumente, Uhren usw.), wozu dann Einfuhrverbote auf Luxuswaren und vor kurzem, vom 30. März ab, auch auf zahlreiche andere Waren gekommen sind, die keineswegs als Luxuswaren bezeichnet werden können. In schmerzlicher Erwartung müssen dann ebenso wie in anderen Ländern der

gewaltig ansteigende Zinsendienst für die vermehrte Schuldenlast und der Schutz der immer passiver werdenden Handelsbilanz wirken. Vor allem aber sind die während des Krieges zum großen Teil auf staatliche Anregung als Ersatz für die deutsche Einfuhr künstlich ins Leben gerufen oder erweiterten Industrien nach dem Kriege nicht ohne starken Rückschlag lebensfähig. Hierüber werden eingehende Untersuchungen veröffentlicht in einem kürzlich als Variationsdruck erschienenen Bericht (vom 3. Februar d. J.) des Advisory Committee to the Board of Trade on Commercial Intelligence. Dieser amtliche Ausschuss erhielt schon im Juli v. J. den Auftrag, die Lage jener bedrohten Industriezweige zu untersuchen und Vorschläge zu ihrer Sicherung nach dem Kriege zu machen. Die Untersuchung erstreckt sich auf Papier- und Druckindustrie, Schreivaren und Büroartikel, Gold- und Silberwaren, Messerwaren, Leder, Galanterie, Glas, Porzellan, Tonindustrie, Spielwaren, elektrische Industrie, Maschinen- und Feinmechanik. In dem viel beachteten Bericht wird ein ausgesprochen protektionistisches Programm entwickelt: nicht nur Schutz für die gefährdete Industrie in Höhe von 10 bis 33% wird verlangt, sondern ein allgemeiner Zolltarif, und zwar 1. um die britischen Kolonien und Verbündeten begünstigen zu können, 2. um die Staatseinnahmen aus indirekten Steuern zu steigern. Der öffentliche Bedarf soll ausschließlich durch englische Erzeugnisse gedeckt werden, britische Fabrikate sollen bei allen öffentlichen Arbeiten bevorzugt werden, deutsche und österreichische Erzeugnisse sollen nach wie vor Herkunftsbeschränkungen tragen, die Gesetze über Patente und Ursprungszeichen sollen verschärft werden usw. Die Zustimmung der englischen Geschäftswelt zu diesem Programm erfolgte mit überrauschender Schnelligkeit und Deutlichkeit auf der letzten Tagung der englischen Handelskammern vom 2. und 3. März d. J. Es kam zu einer scharfen Abgabe an den Freihandel. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird zunächst gefordert, daß die Stärke und Sicherheit des Reiches in dem Vermögen liegt, auf eigenem Boden und in den eigenen Fabriken seinen Bedarf herbeizubringen, mehr als in dem Besitz von Werten oder Wertpapieren, die auszuführen oder für Erzeugnisse fremder Länder auszutauschen sind.“ Hier

wird also in aller Form die alte schmerzliche Forderung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit aufgestellt, allerdings für das ganze Reich und nicht für England allein, wie es in der ursprünglichen Fassung der Resolution verlangt wurde. Ebenso wird mit großer Bestimmtheit, wenn auch nicht einstimmig, eine solche Erklärung ausgesprochen, in der verlangt wird: 1. Bevorzugung der gegenseitigen Handelsbeziehungen zwischen allen Teilen des Britischen Reiches, 2. Bevorzugung der Handelsbeziehungen zwischen dem Britischen Reich und den verbündeten Ländern, 3. die freundliche Behandlung neutraler Länder, 4. die Einschränkung der Handelsbeziehungen mit allen feindlichen Ländern durch Zölle oder sonstige, so daß die Wiederkehr der Verhältnisse vor dem Krieg unmöglich gemacht wird. Es wurde sogar der Wunsch ausgesprochen, die Cromwellsche Navigationsakte wieder aufleben zu lassen und nach dem Kriege von den Schiffen der jetzt feindlichen Länder kein Ankauf englischer Häfen eine besondere Behörde zu erheben. Wegen dieser Ungeheuerlichkeit hat nun allerdings der einflussreiche Verein englischer Schiffsmänner bereits entschieden Front gemacht. Der Vorsitzende Holt erklärte an einer Versammlung in London Mitte April, daß jede Rückkehr zu den alten Schiffsabzügen den Ruin der Handelsmarine bedeuten würde. Der freien Schifffahrt sei es zu denken, daß die britischen Reeder so ungeheure Summen verdienen könnten, ohne welche die finanzielle Lage Englands bei weitem nicht so stark wäre, wie sie gegenwärtig sei. Damit sollte freilich nicht gesagt sein, daß die Regierung überhaupt nichts für die Schiffsabzügen interessiert sein solle. Diese Argumente gelten freilich nicht bloß gegen eine Wiedererneuerung der Navigationsakte, sondern im weiteren Sinne auch gegen den Übergang zum Schutzoll und noch mehr gegen jeden Wirtschaftskrieg, der England Vormachtstellung als Zentrum des Welt- und Seehandels aufs schwerste erschüttern müßte. Diese Argumente dürfte wohl mit der Zeit immer weitere Kreise dringen.

den Vorarbeiten auch auf weitere Steigerungen rechnen. Alle unsere Hoffnungen wurden aber jäh vereitelt, durch den am 1. August 1914 ausbrechenden Weltkrieg, der vollständig unerwartet kam und auch leider jetzt immer noch anhält. Mit einem Schlag standen wir nunmehr vor einem gänzlich anderen Bild und vor vollständig neuen Aufgaben, die zunächst zu erfassen und zu erfüllen waren. Das kaum gebesserte Wirtschaftsleben brach zusammen und es war in den ersten Tagen fast überall zu beachten, daß man sich auf vieles gefaßt machen konnte. Auch in der Metallindustrie mußten wir erfahren, daß viele und auch sonst gutstehende Werke, einfach alsbald ihre Tore schlossen und sich nicht um die Arbeiterschaft kümmerten, diese vielmehr ihrem Schicksal einfach überließen. Infolgedessen schnellten auch die Ziffern der Arbeitslosen in allen Gruppen des Bezirks auf eine bis jetzt nicht gekannte Höhe. Es galt mithin auch zunächst für diese zu sorgen und erreichten wir auch durch Eingaben an Behörden und Kommunen, daß Notstandsarbeiten, wie auch teilweise bare Unterstellungen gewährt wurden. Leider waren aber auch Sandgemeinden zu verzeichnen, die aus Furcht vor einigen Schulden, die dadurch entstehen konnten, einfach nichts gewährten. In richtiger Würdigung der Unterstützung wie solche von den Gewerkschaften in dieser Zeit besonders an die Arbeitslosen gezahlt wurden, hat man in den Städten Offenbach und Frankfurt eine Arbeitslosenunterstützung geschaffen, die sich enge der Verbandunterstützung anschließt. Diese wird als Zuschuß so lange gewährt, als die Gewerkschaften ihre Mitglieder unterstützen. Durch die Bemühungen der Industrie, Heeresaufträge zu erhalten, das auch von gutem Erfolg war, hielt die Arbeitslosigkeit nicht sehr lange an. Im Oktober war nicht nur der Höhepunkt überschritten, sondern es fehlte alsdann bereits an Arbeitskräften, namentlich in den gelernten Berufen. Diesem Mangel abzuhelfen, wurden Tag- und Nachtschichten eingerichtet, wie auch die Sonntagsarbeit in erheblichem Maße eingeführt wurde. Im weiteren Verlaufe der nun folgenden Hochkonjunktur, kam auch in den Berufen der Metallindustrie, wo man es vorher nicht für möglich hielt, die Frauenarbeit in immer größerem Maße zur Einführung. War nunmehr die Sorge um die Arbeitslosen einstweilen überwunden, so galt es in verstärktem Maße, sich der Familien der im Heeresdienst sich befindlichen Kollegen anzunehmen. Durch Eingaben wurde erreicht, daß in manchen Bezirken und Kreisen, der Zuschuß zur Reichsriegsunterstützung erhöht wurde. Auch bei Schaffung und Einführung der Kriegsfürsorge in den Städten wurden wir gerne gehört und konnten mithelfen die Sache zu organisieren. Aber auch in diesem Punkte zeigte es sich, daß die Landgemeinden fast vollständig versagten. Die Arbeiterschaft soweit sie in Arbeit stand zeigte aber in jenen Tagen auch Verständnis für die Familien ihrer Kollegen. In vielen Betrieben wurde ein Unterstützungsfonds mit Beiträgen von Arbeitern und Beamten geschaffen, aus welchem die Familien der Eingekerkerten, während der Dauer des Krieges eine wöchentliche oder monatliche Unterstützung erhalten. Teilweise gab die Firma noch einen Zuschuß für die Kinder, wie auch andere ein Sterbegeld für Gefallene auszahlten. Die recht bald einsetzende Preissteigerung der Lebensmittel wie auch die Erhöhung der Preise namentlich der Kartoffeln für die Städte, machte auch hier ein Eingreifen durch uns nötig. In Offenbach selbst vermittelten wir den Mitgliedern Kartoffeln, wie auch später auf unsere Anregung hin ein Konsumtenausgleich ins Leben gerufen wurde, der heute noch eine recht erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Ebenso auch in Frankfurt, wo ebenfalls das örtliche Gewerkschaftsamt die Gründung eines solchen in die Wege leitete. Durch Vorstellungen bei den Behörden bis zu den höchsten Instanzen in Hessen, konnten wir eine bessere Verteilung der Lebensmittel, wie auch Höchstpreise für die wichtigsten erreichen. Letztere kamen allerdings immer reichlich spät, was auf große Rücksichtnahme der maßgebenden Stellen, gewissen Senten gegenüber schließen läßt. Im weiteren Verlaufe des Krieges, kam dann noch die Fürsorgefähigkeit für Kriegsverletzte, für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen usw. In allen für die einzelnen Zweige geschaffenen Instituten und Kommissionen wurden wir zugezogen und konnten auch bis heute dort schon manches erreichen. Eine im November 1915 von den örtlichen Verbänden gemeinsam veranstaltete große Konferenz in Frankfurt, die von über 100 Delegierten aus dem Bereiche des 18. Armeekorps besucht war und die einen außerordentlich wirkungsvollen Verlauf nahm, besaßte sich eingehend mit allen Kriegsfragen für den Arbeiterstand und stellte Richtlinien und Forderungen nach unsern Grundsätzen auf. Erwähnt sei hier noch, daß wir bis zum Ausbruch des Krieges in 1914 fünf Lohnbewegungen hatten, teilweise mit guten Erfolgen. Es war dies in Frankfurt, Offenbach, Worms, Fulda und Schierstein. Mit Ausnahme der in Fulda wurden sie mit dem Deutschen Metallarbeiterverband gemeinsam geführt. Die Bewegungen in Worms und Offenbach wurden mit einem Teilerfolg, bei Ausbruch des Krieges abgebrochen. Daß der Krieg auch in starkem Maße auf die Mitgliederzahlen einwirkte, geht schon daraus hervor, daß bis Jahreschluß 1915 weit über 500 Kollegen eingezogen waren. Darunter eine kleine Gruppe von 17 Kollegen vollständig und andere bis zu 80 Prozent. Die Agitation hätte entschieden besser betrieben werden müssen, hier haben sich die Kollegen namentlich in den kleineren Orten vielfach von dem Gedanklen lassen, daß während des Krieges keine Mitglieder gewonnen werden könnten. Im letzten Jahre hatten wir in Frankfurt und Offenbach wohl 62 Aufnahmen, das will aber den guten Kriegskonjunktur-Verhältnissen in denen sich die Metallindustrie befand, gegenüber auch nichts heißen. Es scheint auch hier, daß man sich immer nur auf den Beamten verließ. In Frankfurt trat der Beamte Anfang August 1915 von seinem Posten freiwillig zurück und ist dort seit November eine Hilfskraft tätig. Da es für den Bezirksleiter unmöglich war, die beiden Büros in Offenbach und Frankfurt wie notwendig, auf die Dauer zu versehen. Auch das Versammlungswesen wurde in der Kriegszeit fast beinahe gänzlich und erschwert. Durch die ungewohnte Arbeitszeit und Sonntagsarbeit in den einzelnen Berufen war vielfach ein geregelter Versammlungswesen unmöglich. Es wurde aber entschieden besser sein, wenn die Kollegen nur sich einmengen und darauf besonnen hätten, daß im Kriege und mehr wie im Frieden, nur die Organisation die wirksamste Interessensvertretung für den Arbeiterstand ist. Aus dem letzten Bericht geht hervor, daß wir uns dem gewal-

tigen Einfluß des Krieges auf allen Gebieten nicht entziehen konnten. Andererseits aber auch, daß wir uns den Zeitereignissen sofort anzupassen verstanden. Möge die geleistete Arbeit von allen Kollegen die richtige Anerkennung und in der Vorbereitung mehr Wertung finden. Alle Befürchtungen von einem Zusammenbruch der Gewerkschaften durch den Krieg, sind nicht nur glänzend widerlegt, sondern heute wissen wir, daß wir den Krieg nicht nur überdauern, sondern erst recht nach demselben uns noch viel besser entwickeln werden. Trübt ist es aber, anzunehmen, daß sich später die Interessengegensätze nur auf friedlichem Wege erledigen ließen. Es wird nach wie vor und erst recht nach dem hoffentlich recht bald eintretenden Frieden, Voraussetzung sein müssen: Unermüdlicher Ausbau der Organisationen und namentlich unseres Verbandes durch uns selbst. Das wird und muß gelingen, wenn alle Kollegen auch in der Zukunft ihre Schuldigkeit tun. In der Nachmittags-sitzung setzte alsbald eine rege Diskussion ein, wobei verschiedene Wünsche der Kollegen aus dem Bezirk, in bezug auf die Ausgestaltung der Verbandseinrichtungen, wie besonders die Agitationsfrage zur Geltung kamen. Nachdem dann noch Zentralvorsitzender, Kollege Wieser, das Resümee von der Tagung gezogen, wie dabei auch auf die einzelnen Wünsche eingegangen war, konnte kurz nach 6 Uhr der Leiter der Konferenz diese unter Dankesworten, wie auch einem Appell an die Delegierten zur fröhlich-fröhlichen Weiter- und Mitarbeit in der Zukunft schließen.

\*

**Forstheim.** Die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe wurde am 1. Mai im Gewerkschaftslokal abgehalten. Wohl ließ deren Besuch zu wünschen übrig, gleichwohl aber war der Verlauf derselben in allen Teilen befriedigend. Anwesend war auch Kollege Gewerkschaftssekretär Wilhelm Thelen und in Feldgrau vor frühere Vorsitzende Friedrich. Der Vorsitzende Anton Schütz eröffnete die Generalversammlung zunächst mit der Bekanntgabe der auf dem Feld der Ehre gefallenen Kollegen (acht an der Zahl), nach warm empfundenem Nachruf vonseiten des Vorsitzenden gaben die Anwesenden durch Erheben von den Sitzen ihre Teilnahme zu erkennen. Neben den jährlich wiederkehrenden Wahlen, Vorsitzender, Kassierer, Schriftführer, welche sämtlich wieder bestätigt wurden, war auch Delegiertenwahl zur Bezirkskonferenz am 28. Mai in Stuttgart. Hierzu wurden gewählt die Kollegen Otto Sud und Franz Weber. Da gegen Kassenführung und Protokoll nichts einzuwenden war, wurde Entlastung erteilt und zu den allgemeinen Angelegenheiten übergegangen. Die hierbei von Sekretär Thelen bezeichneten, in Zukunft zu begebenden Wege auf dem Gewerkschaftsgebiete, fanden allgemeine Zustimmung, und man trennte sich, nachdem die Tagesordnung erledigt, mit dem Vorbehalt die bisher geübte Tatkraft noch zu steigern.

\*

**Siegen.** Das Gesamtergebnis der Werbetätigkeit war, daß im 1. Quartal 93 neue Mitglieder gegen 52 im vorigen Vierteljahr für unseren Verband gewonnen werden konnten. Daran waren beteiligt: Niederfeldern mit 46, Olpe mit 14, Geisweid mit 11, Siegen mit 9, Beldorf-Kirchen mit 4, Siltenerohl mit 3, Rhodensondern mit 2, Weidenau, Wallau, Wiffen und Frangarbeichen je mit 1 Neuaufnahme. Von denjenigen Sektionen, die noch mehrere Mitglieder zählen, haben keine Aufnahme zu verzeichnen: Grnedorf, Dreis-Diefenbach, Methphen, Walpersdorf, Eiserfeld, Niederfischbach, Förde, Finmentrop sowie die Sektionen des Distriktes. Diese Angaben zeigen, wo ganz besonders diejenigen Mitglieder den Hebel anzusetzen haben, wo nicht eine einzige Neuaufnahme im ganzen Quartal vorliegt. Aber auch für die Mehrzahl der anderen Ortsgruppen und Sektionen kann das Ergebnis nicht befriedigen, zumal dort nicht, wo durch unsere Wirksamkeit sehr gute Erfolge erzielt wurden, oder eine weitere Stellungnahme unseres Verbandes insbesondere zu Lohnfragen verlangt wird. An der Gewinnung dieser 93 Mitglieder waren 45 Kollegen beteiligt. Wie würde da der Erfolg sein, wenn alle Mitglieder auch nur etwas an der Werbearbeit getan hätten? Hier muß unbedingt das Versehen nachgeholt werden. Wenn alle herzhast zugreifen, wird selbst auch in die verwickeltesten Kreise die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Organisation zu tragen sein. Die Zahl der Mitglieder vermehrte sich in den Ortsgruppen Siegen um 42 und in Olpe um 14, wohingegen sich dieselbe von Wallau um 3 verminderte. Zum Heere einberufen wurden von Siegen 24, von Olpe und Wallau je 4 Kollegen. Insgesamt lehrten vom Heeresdienst 20 Kollegen zurück. Die Klassenverhältnisse gestalteten sich in den 3 Ortsverbänden in ihren Einnahmen wie folgt:

	(Samstags- gegenüber d. vor. Quart.)	Ertragsverf. f. d. Samstag
Siegen	2106,85 M	1794,25 M
Olpe	768,10 M	839,25 M
Wallau	298,50 M	352,50 M
	3173,45 M	2986,00 M

Der Werbedurchschnitt betrug in Siegen 13,5, in Olpe 11,6 und in Wallau 10,0. Bei ersterem sind eine Reihe Beiträge aus dem vorigen Quartal eingegangen, die beim Abschluß desselben wieder nicht mitkommen konnten. Mit diesem Schlußstand im Beitragszahlen und mit dem unzulässigen Abschneiden sollte doch noch mehr überall Erfolg gemacht werden. Dieses würde der Fall sein, wenn alle unsere Mitglieder, wie es viele in anerkannter Weise tun, nämlich einen, zwei oder gar vier Wochenbeiträge stets im Voraus einrichten. Solche Mitglieder erleichtern sich selbst das Beitragszahlen, beheben die Freude der Beitragsnummer und machen die Kräfte der Verbandsfunktionäre frei zu wichtigerem Schaffen und Wirkung zur Bereicherung ihrer Interessen. Während der Kassenperiode betrug in Olpe 1025,90 Mark, in Wallau 230,65 Mark beträgt, ist in der Kassenperiode von Siegen keinerlei Bestand mehr vorhanden. Dieses ist lediglich auf die größere Sparmaßnahme dieser Kassenperiode zum Unterhalt der Geschäftsstelle zurückzuführen. Selbst die Erweiterung der Beitragszahl für die Kassenperiode, sowie sonstige Einnahmen, haben nicht vermocht, die gegenüber der Friedenszeit fast gänzlich geliebten Ausgaben für Viktualien, Licht, Heizung, Porto, Papier, Druckkosten usw. auf die Dauer zu beschränken. Die Ausgaben der Ortsgruppen, ganz besonders jedoch von Olpe, muß deshalb unbedingt erweitert werden, zumal, als auch von hier die größtmögliche Arbeit verlangt wird und erforderlich ist. Im übrigen müssen

sich alle Sektionen befehligen — wie es einige in anerkannter Weise tun — in den Ausgaben der lokalen Mittel sich zu beschränken und zwar ohne daß dadurch Monats- und Quartalsabrechnung, noch die Agitation zu leiden brauchen. Denn, stehen der Geschäftsstelle keine Mittel zur Verfügung, dann werden darunter zu leiden haben die gewaltigen denkbaren größten Anforderungen, die von ihr zum Ruh und Frommen der Kollegen und für ihre Familien verlangt werden. Aufgabe der Mitglieder und unserer Funktionäre wird es daher sein, in der Gegenwart und noch mehr für die weitere Kriegsdauer auch diesem Prinzip der gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik Rechnung zu tragen. Unsere Erfolge auf dem Gebiete des Rechtsschutzes und ganz besonders auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge haben sich derart herumgesprochen, daß nunmehr alle möglichen Kreise glauben, aus diesem Leber Riemen zu schneiden. Was von uns verlangt wird, geht auf keine Kuhhaut. Selbst von außerhalb unsers Bezirks liegenden Städten, aus Schützengräben und Kasernen, laufen alle erdenklichen Anfragen und Bittgesuche um Vertretung, Anfertigung von Schriftstücken usw. ein; ganz abgesehen von solchen, die direkt auf unserer Geschäftsstelle vorprechen. Davon stammt ein Teil von solchen, die weder selbst organisiert sind, noch es für nötig befinden, ihre Angehörigen dem Verbandsbezug zuzuführen. Es sei deshalb wiederholt darauf hingewiesen, daß wir — neben Armen, Witwen und Waisen, denen die organisierten Arbeiter aus Mitleid die Hilfe ihrer Sekretariate angebeihen läßt, — sonst für niemand außer unseren Mitgliedern und deren direkte Angehörige zu sprechen sind. Letzteren wird der volle Schutz und die größtmögliche Hilfe gewährt, aber für andere, die die gewerkschaftliche Organisation nicht kennen wollten und ihr nicht beitreten, die kennen auch wir nicht, wenn bei ihnen die Not an den Mann kommt. Auch selbst dann bleiben solche Fälle unberücksichtigt, wenn Bezahlungen angeboten werden. Alle Einrichtungen des Verbandes sind für die Mitglieder und deren Angehörigen geschaffen und werden nur von ihren Mitteln bestritten, sie sollen und dürfen deshalb auch nur ihnen zu Gute kommen und nicht verwendet werden an Unorganisierte. Letztere genießen schon genug von unserer allgemeinen Tätigkeit und kann ihnen deshalb nichts besonderes geboten werden.

### Versammlungs-Kalender

- Kollegen und Kolleginnen!**  
**Versäumt ohne Grund keine Versammlung!**  
 Sonntag, den 4. Juni 1916:
- Düsseldorf.** Abends 8 Uhr gemeinsame Mitgliederbergsammlung im oberen Saale des Paulushauses, Ruffenstraße 33-35. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.
  - Düsseldorf-Forstheim.** Vorm. 11 Uhr in Steinmanns Lokal, Gräulingstraße 18, zu der sämtliche Mitglieder dieses Bezirkes zu erscheinen haben.
  - Gamborn-Maryloh.** Nachm. 2.30 Uhr bei Freundlieb am Neumarkt. Referent: Medakteur Kollege Wieser.
  - Hferloh.** Vormittags 11 Uhr im kath. Gesellenhause Mitgliederbergsammlung.
  - Kaff.** Morgens 10 1/2 Uhr bei Hüntgesberg sehr wichtige Versammlung.
  - Mülheim-Ruhr.** Nachm. 7 Uhr bei Korthäuer, Eppinga Hofstraße. Referent Kollege Gahn.
  - Mülheim.** Morgens 10 1/2 Uhr bei Reholz. Da die Versammlung jetzt auf den ersten Sonntag verlegt ist, müssen alle abkömmlichen Kollegen erscheinen!
  - Oberhausen.** Nachm. 5 Uhr bei Wusch, Falkensteinstr. Ref.: Kollege Gahn.
  - Wallau.** Nachm. 2.30 Uhr bei Henkel, 14. gemeinsame Betriebsbergsammlung.

### Briefkasten

Aus Raumangel mußten die „Eisernen Kreuze“ und die „Sterbetafel“ für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

In unserer Verkaufs-Abteilung werden  
**gelernte Handwerker**  
 eingestellt, insbesondere  
**Schlosser und Dreher,**  
**Werkzeugschleifer u. Rundschleifer**  
 gegen guten Lohn für angenehme und dauernde Beschäftigung. Besichtigung in der Werkstätte u. Schlafelegend.

### Mannesmann

**Waffen u. Munitionswerke, Renscheid.**  
 Refrere  
**erste Schweitzer** s o s u c h t.  
**Felten & Guillaume Carlswerk**  
 Aktien-Gesellschaft Köln-Mülheim.  
 Persönliche Verhandlungen bei unserer Arbeiterzentrale Schanzengraben 20, schriftliche Verhandlungen in das Revier mit der Aufsicht „Angedehter“ zu verfahren.

Deutsche  
**Wachspapiere**  
 und Farben für alle Druck- und Schreibapparate.  
 Kohlepapier, Durchschlag- und Vertriebsfähigkeitspapier.  
**Echo vom Niederrhein + Duisburg.**